Álvaro Leyva, ehemaliger Außenminister Kolumbiens, traf sich nach Informationen der spanischen Tageszeitung *El País* vor zwei Monaten mit engen Beratern der Regierung von Donald Trump, um deren Unterstützung für einen Plan zum Sturz des amtierenden kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro zu gewinnen. Auch die Vizepräsidentin Kolumbiens, Francia Márquez, wird erwähnt. Laut Audioaufnahmen, die *El País* vorliegen, und Quellen aus dem Umfeld republikanischer Kongressabgeordneter wendete sich Leyva auch direkt an US-Außenminister Marco Rubio, um mit dessen Hilfe „internationalen Druck" auszuüben, der in Folge zum Sturz des kolumbianischen Präsidenten führen sollte. Von **Jorge Andrés Garavito Cárdenas**.

> EXCLUSIVA | Álvaro Leyva, excanciller colombiano durante este Gobierno, se reunió hace dos meses en Estados Unidos con asesores cercanos a la Administración de Donald Trump para buscar su apoyo a un plan para hacer caer a Gustavo Petro
>
> @jdquesada
> https://t.co/46DXmlGQ3U pic.twitter.com/y45q4UlzXE
>
> — EL PAÍS América Colombia (@ElPaisAmericaCo) June 29, 2025

Die kolumbianische Regierung reagierte nach Bekanntwerden der Audioaufnahmen umgehend. Präsident Petro sprach von einem „weichen Putsch" und warnte vor einer möglichen Koordination zwischen politischen, wirtschaftlichen und medialen Akteuren mit dem Ziel, seine Regierung zu destabilisieren. Er äußerte außerdem die Vermutung, dass auch bewaffnete Gruppen wie der Clan del Golfo oder die Guerillaorganisation ELN in eine solche Strategie eingebunden werden könnten.

Vize-Präsidentin Márquez betonte, nicht in etwaige Destabilisierungspläne involviert gewesen zu sein.

Auch die US-Regierung wies jede Beteiligung entschieden zurück. Gleichzeitig wurde der höchste US-Diplomat in Bogotá zu Konsultationen nach Washington zurückgerufen. Die kolumbianische Zeitschrift *Revista Raya* berichtet zudem über Kontakte zwischen US-Politikern und kolumbianischen Oppositionsvertretern in Florida.

Außerdem hat der US-Außenminister Marco Rubio ein Schreiben erhalten, in dem ihm mehrere frühere kolumbianische Minister ihre Kritik an der Außenpolitik der Regierung

Petro erläutern. Einige der vermeintlichen Mitunterzeichner distanzierten sich jedoch später öffentlich von dem Brief und gaben an, nicht konsultiert worden zu sein.

Die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit eingeleitet. Sollte sich der Vorwurf des Hochverrats bestätigen, drohen laut Artikel 455 des kolumbianischen Strafgesetzbuchs hohe Haftstrafen.

Im Hintergrund steht eine tiefere politische Auseinandersetzung. Präsident Petro versucht, mit sozialen Reformen in den Bereichen Arbeit, Rente und Gesundheit tiefgreifende Veränderungen im Land anzustoßen. Diese Vorhaben stoßen bei traditionellen Eliten auf Widerstand.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Amerika21.

Titelbild: Shutterstock / A. Paez

Mehr zum Thema:

Friedensprozess in Kolumbien in der Krise

Präsident von Kolumbien warnt vor Staatsstreich

Massiver Gewaltanstieg an der Karibikküste Kolumbiens: Alle sieben Stunden ein Toter

Präsident von Kolumbien zum Ukraine-Krieg: „Ein Nato-Spiel, das den Aufbau einer russischen Reaktion begünstigt hat“